

Tagungsbericht: Die nukleare Frage im 21. Jahrhundert (04.05.2007)

von Swantje Julia Hagen

Begrüßung und Eröffnung

Die Tagung wurde von **Dr. Reinhard C. Meier-Walser, Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung**, mit dem Hinweis eröffnet, dass es sich um eine Kooperationsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. handele. Insbesondere drückte Dr. Meier-Walser seine Freude darüber aus, dass das Thema der Veranstaltung auf großes Interesse gestoßen sei.

Während des Kalten Krieges habe sich ein Abschreckungssystem etabliert, das seinen Ausdruck in der Entstehung der beiden Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt gefunden habe. Dieses System habe dafür gesorgt, dass die Situation zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion nicht eskaliert sei. Das Neue an dem Thema erschließe sich, wenn man einen Blick auf die gegenwärtige weltpolitische Sicherheitslage werfe: Hier seien wir konfrontiert mit der Perspektive eines nuklear gerüsteten Nordkoreas als auch der Perspektive einer Talibanisierung Pakistans, welches ebenfalls hochgerüstet sei. Des Weiteren hätten wir es mit einem Iran zu tun, der kurz vor dem Überschreiten der nuklearen Schwelle stehe und mit Terrororganisationen vom Schlage al-Qaidas, die möglicherweise in den Besitz nuklearer Waffen geraten könnten. Es stelle sich also die Frage, ob und wenn ja, wie diese neuen nuklearen Akteure abgeschreckt werden können. Klar sei in jedem Falle, dass Terroristen nicht mit einem Vergeltungsschlag gedroht werden könne. Aber auch andere Voraussetzungen für das Funktionieren der Abschreckung seien heute nicht mehr gegeben. „Kernwaffen“, so Meier-Walser „sind Waffen, die die rationale Beziehung zwischen politischen Zielen und Instrumenten außer Kraft gesetzt haben. Nicht, indem sie durch die physische Anwendung ihre Wirkung entfalten, sondern dadurch, dass ihr Einsatz angedroht wird, um ihn letzten Endes unmöglich zu machen.“ Die Aussicht, dass es nukleare Akteure gibt, die diesen Funktionsmechanismus aufgegeben haben und Nuklearwaffen möglicherweise als Instrument ihrer nationalen Politik einsetzen, mache die Beantwortung der Frage, welche alternativen Möglichkeiten es gibt, uns vor solchen Sicherheitsrisiken zu schützen, unumgänglich. Dies erfordere eine seriöse Analyse, wozu die Hanns-Seidel-Stiftung mit der heutigen Veranstaltung beitragen wolle.

Beiträge

Den ersten Beitrag lieferte **Prof. Dr. Beatrice Heuser, Leiterin der Abteilung Forschung beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, Potsdam**. Prof. Heuser gliederte ihren Vortrag in sechs Punkte.

1. Anders als andere Waffen

„Sollte man mich fragen, welches das wichtigste Datum in der Geschichte der Menschheit ist, dann würde ich antworten, der 6. August 1945. Denn bis zu diesem Tag hat der Mensch im Wissen um seinen Tod als Individuum gelebt. Seit Hiroshima lebt er mit der Möglichkeit seiner Auslöschung als Spezies.“ Dieses Zitat von Arthur Koestler verdeutliche, so Heuser, welche verheerende Wirkung Atomwaffen haben können. Sie verwies auf eine der ersten Reaktionen von einer Gruppe hochrangiger Militärs im britischen Verteidigungsministerium nach den Bombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki. Diese hätten gesagt, dass die einzige Hoffnung in dieser neuen Situation „Abschreckung“ sei. Darunter hätten sie die Abschreckung des Gebrauchs von

Kernwaffen durch den Gegner mithilfe eigener Atomwaffen verstanden. Diese Aussage verdeutliche, was die Geschichte bisher gezeigt habe. Nämlich, dass auf das Erscheinen neuer Waffen immer eine passende Gegenmaßnahme erfolgt sei. Allerdings habe man bei Kernwaffen sehr schnell erkannt, dass es sich um Waffen einer neuen Dimension handelte. Gleichzeitig sei von Staaten, sobald sie in den Besitz von Kernwaffen gekommen waren, die Maßgabe an das Militär ausgesprochen worden, diese in ihre Planungen einzubeziehen. Ganz zu Anfang der Existenz von Kernwaffen habe es folglich zwei völlig gegensätzliche Standpunkte unter den Militärs gegeben: Erstens den Standpunkt, dass Kernwaffen nur der Abschreckung dienen könnten und zweitens die Argumentation, dass es sich bei Kernwaffen lediglich um etwas größere Bomben aus der Luft handele.

2. *Das Tabu seit 1945*

Prof. Heuser verwies in diesem Zusammenhang auf den US-Strategen Thomas Schelling, der zum einen dieses Tabu von Kernwaffen gefeiert, zum anderen gleichzeitig in Frage gestellt hat. Es habe sich laut Schelling eine „Kultur des Kalten Krieges“ entwickelt, die dafür gesorgt habe, dass der Kalte Krieg „kalt“ geblieben sei. Diese Kultur habe laut Heuser vor allem auf den Schrecken des gemeinsam erlebten Zweiten Weltkrieges basiert. Es sei also keine Kultur, die global geteilt werde. Pierre Marie Gallois, ein französischer Brigadegeneral, habe sogar einmal gesagt, dass es höchste Zeit sei, wieder eine Atombombe einzusetzen, da sich heutige Generationen nicht mehr an die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki erinnern könnten. Dies sei laut Gallois notwendig, damit die Menschen diese Waffe überhaupt wieder respektierten.

3. *Abschreckung*

Im Jahr 1940 hätten ein deutscher und ein österreichischer Physiker einen Brief an die britische Regierung geschrieben, in dem sie erklärt hätten, wie man eine Atombombe baut. Im gleichen Brief hätten sie die britische Regierung aufgefordert, selbst eine Atombombe zu bauen. Sie hätten ihre Aufforderung mit der Besorgnis begründet, dass Deutschland eine solche Atomwaffe bauen könnte und die effektivste Begegnung sei, den Deutschen zuvor zu kommen. Am Anfang der Atomwaffengeschichte habe also die Angst von zwei Physikern gestanden, die den Einsatz der Atombombe durch Deutschland fürchteten. Heuser ist jedoch der Ansicht, dass Abschreckung nicht sehr stabil sei. In der Vergangenheit seien wir deshalb nur knapp an einem Atomschlag vorbeigekommen. Eine große Rolle spiele die jeweilige Kultur. In einer Kultur, in der das einzelne Leben gering geschätzt werde, sei auch die Chance, dass die Menschen dieser Kultur in höherem Maße bereit seien, Kernwaffen einzusetzen. „Den größten Fehler, den wir begehen können, ist daher, dass wir glauben, uns keine Sorgen mehr machen zu müssen. Wir dürfen uns in Anbetracht solcher Tatsachen nicht tatenlos zurücklehnen und die Hände in den Schoß legen“, warnt Heuser.

4. *Kernwaffen als Einsatzwaffen?*

Laut Heuser seien die westlichen Staaten dabei, das Kernwaffen-Tabu durch einseitige Abweichung vom Nichtverbreitungsvertrag zu untergraben. In den Doktrinen verschiedener Staaten wie beispielsweise der USA oder Frankreichs, werde der Einsatz von Atomwaffen nicht kategorisch ausgeschlossen. Heuser ist der Meinung, dass es sehr gefährlich sei, das Tabu durch solche Aussagen zu unterhöhlen und damit die Linie

zwischen Massenvernichtungswaffen, die keine Kernwaffen sind, und Kernwaffen schwimmen zu lassen.

5. Kernwaffen als Machtsymbol

Heuser findet es sehr bedauerlich, wie stark Kernwaffen zu Macht- und Einflussymbolen geworden seien. Dies sei einer ihrer zentralen Verbreitungsgründe. In Russland beispielsweise sind laut einer Umfrage aus dem November 1999 76 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass Kernwaffen eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die nationale Sicherheit spielen. 40 Prozent würden glauben, dass Russland nur dann internationalen Einfluss habe, wenn es Kernwaffen besitze, obwohl nur 37 Prozent der Meinung seien, dass niemand Russland angreifen werde, wenn es Kernwaffen besitze. Man sehe also den Einfluss der Waffe als ihr stärkstes Argument. „In Frankreich wird die Atombombe in regelmäßigen Abständen wie der Zauberspruch des Druiden Miraculix eingesetzt. Sie stellt für die Franzosen die magische Lösung für alle ihre Sicherheitsprobleme dar“, erklärt Heuser. Auch Frankreich sei damit dabei, die negativen Sicherheitszusicherungen zu untergraben. Auch in anderen Staaten wie beispielsweise in China, seien entsprechende Entwicklungen zu beobachten.

6. Alternativen zur nuklearen Abschreckung

Es sei laut Heuser vor allem für die Vereinigten Staaten und die NATO nicht sinnvoll, im Kopf des Gegners Unsicherheit darüber zu schaffen, wie man selbst reagiere. Diese Strategie werde langfristig den Nichtverbreitungsvertrag unterhöhlen. Man müsse dabei auch immer an das Bild denken, das man nach außen abgebe. Es gebe Regierungen wie beispielsweise im Sudan, die bei einem solchen Verhalten denken könnten, dass man den Westen „einen guten Mann“ sein lassen könne, da er ja doch nichts mache. Der Westen solle laut Heuser daher andere nicht im Zweifel darüber lassen, was er tut, sondern deutlich machen, dass man auch wirklich bereit ist zu bestrafen, wenn das nötig sein sollte.

Als zweiter Redner kam **Dr. h.c. Klaus Naumann, General a.D.**, zu Wort. General Naumanns Statement zu Beginn seines Vortrags lautete, dass der Traum von einer nuklearfreien Waffenwelt für alle derzeitigen Generationen zu ihren Lebzeiten immer eine unerreichbare Illusion bleiben werde. Das Risiko der Weitergabe um das Wissen, wie Atomwaffen hergestellt werden, werde, so Naumann, zunehmen, da die Annahme berechtigt sei, dass der Besitz von Nuklearwaffen den politischen Spielraum eines Staates vergrößere und einen Staat nahezu sicher vor Sanktionierungen mache. Auch die Ausbreitung ziviler Kernenergie werde zunehmen. Dies täten alle Staaten, die Klimawandel ernst nähmen. „Nur wer ideologisch verblendet ist, steigt aus der Kernenergie aus“, so Naumann. Er wies allerdings darauf hin, dass als Nebenprodukt die Möglichkeit wachsen werde, dass man spaltbares und damit waffenfähiges Material erzeugen könne. Aus Naumanns Sicht sei daher nicht auszuschließen, dass in näherer Zukunft mehr als die heutigen fünf plus drei Nuklearstaaten bestehen werden. Eine Wiederholung des Falles Südafrika, das Nuklearwaffen besaß, diese aber freiwillig wieder abgerüstet hat, hält Naumann für wenig wahrscheinlich. Die erste Schlussfolgerung Naumanns lautete daher: „Kernwaffen sind auch im 21. Jahrhundert von entscheidender, möglicherweise noch zunehmender politischer Bedeutung.“

Die Frage, die wir uns folglich stellen müssten, sei die nach der Rolle von Kernwaffen im 21. Jahrhundert. Zu deren Beantwortung führte Naumann im Folgenden sieben Punkte auf: Erstens gelte weiterhin das Prinzip der Abschreckung gegenüber einem nuklear gerüsteten Angreifer. Zweitens werde die Abschreckung existenzgefährdender Bedrohungen durch

andere Staaten, beispielsweise in Form von biologischen oder chemischen Waffen, weiterhin eine Rolle spielen. Drittens sei das Prinzip der *extended deterrence* für Nicht-Nuklearstaaten weiterhin ein nicht unwesentliches Element. Auch Deutschland sei auf den Schutz einer Nuklearmacht angewiesen. Viertens würden Nuklearwaffen weiterhin eine Rolle als Sicherheitsversprechen spielen, im Gegenzug für den Verzicht, eigene Nuklearwaffen herzustellen. Naumann verwies hier unter anderem auf das Beispiel Südkoreas. Fünftens seien Nuklearwaffen kein unwesentliches Argument, wenn es darum gehe die Interessen eines Landes außerhalb der Bündnisse zu schützen. Sechstens würden Nuklearwaffen vor Sanktionen schützen, da Staaten, die im Besitz von Nuklearwaffen seien, einen anderen politischen Status inne hätten, als andere Nicht-Nuklearstaaten. Zu guter Letzt scheinen Nuklearwaffen in unserer heutigen Welt Staaten einen höheren politischen Status zu verschaffen. Naumann stellte in diesem Zusammenhang die rhetorische Frage, was der besondere Status Frankreichs in der Welt wäre, würde es keine Atomwaffen besitzen. Die zweite Schlussfolgerung Naumanns: „Der Besitz von Atomwaffen bietet Staaten Vorteile für relativ wenig Aufwand.“ Die europäischen Staaten Frankreich und Großbritannien würden für diesen Teil ihrer Verteidigungsanstrengungen kaum mehr als zehn Prozent ihres Verteidigungshaushalts aufwenden.

Allerdings gebe es einige Voraussetzungen, um diese eben geschilderte Wirkung von Atomwaffen Wirklichkeit werden zu lassen: Erstens müssten Atomwaffen wirklich vorhanden sein. Zweitens müsse die Existenz dieser Atomwaffen bekannt sein. Und drittens müssten sie militärisch einsetzbar sein, was auch bedeute, dass der politische Wille, diese Waffen gegebenenfalls zu nutzen, vorhanden sein müsse. Kernwaffen bleiben also ein wichtiges Element im Management der Verteidigung. Naumann befürchtet gar, dass neue Technologien die Anwendung von Atomwaffen leichter machen werden und es im 21. Jahrhundert zu einem erneuten Einsatz dieser Waffen kommen werde. Die dritte Schlussfolgerung Naumanns lautete daher: „Das nukleare Zeitalter ist nicht zu Ende gegangen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist ein Verlust an Stabilität einhergegangen und das 21. Jahrhundert wird ein nukleares Zeitalter sein.“

Die Frage, die sich anschließe, laute: „Wie kann man Stabilität in einer Welt erreichen, die nicht mehr durch zwei Pole gekennzeichnet ist, sondern durch eine Vielzahl nuklearer Akteure?“ Naumann gesteht ein, dass er selbst keine Antwort auf diese Frage habe. Abschreckung durch Bestrafung funktioniere nicht mehr, weil das voraussetze, dass man den Akteur der anderen Seite eindeutig lokalisieren kann. Das sei in der heutigen Welt nicht mehr gegeben. Das Konzept der *deterrence by denial* erscheine auch gegenüber Schurkenstaaten und Terroristen als eine denkbare Option. Wir werden auch heute Abwehrsysteme brauchen, so Naumann, sollten dabei aber immer auch bedenken, dass Abwehrsysteme keinen hundertprozentigen Schutz bieten. Ohne jede Abwehr sei man jedoch noch anfälliger gegenüber politischem Druck und noch mehr der Wirkung von Nuklearwaffen ausgesetzt. Die zentrale Herausforderung sei, uns zu überlegen, wie wir Anreize schaffen können, damit Staaten auf die nukleare Option verzichten. Des Weiteren müsse Deutschland sich den Schutz durch Nukleartechnologie erhalten. Dieser Schutz werde immer noch durch die USA geboten, weshalb unsere Sicherheit weiterhin in der NATO gesucht werden müsse. Die Diskussion um entsprechende Anreize müsse deshalb innerhalb der NATO geführt werden.

Im Anschluss an General Naumann kam **Prof. Dr. Joachim Krause von der Christian Albrechts Universität zu Kiel**, zu Wort. Gleich zu Beginn seines Vortrags wies Prof. Krause darauf hin, dass General Naumann ein sehr düsteres Bild gezeichnet habe: „Die Mehrzahl der Staaten wollen gar keine Atomwaffen haben“, so Krause. Es gebe immer nur eine handvoll Staaten, die Problemstaaten seien und an dieser Situation werde sich auch nichts ändern, es sei denn, die Sicherheitslage verändere sich dramatisch. Des Weiteren sei die Zahl der Kernwaffen drastisch gesunken, von über 60.000 im Jahr 1986 auf heute knapp 20.000, von

denen wir nicht einmal wüssten, wie hoch die Zahl der davon operativ einsetzbaren Waffen sei. Ein weiterer wichtiger Punkt sei ein auffälliges Zurückfahren der Rolle von Kernwaffen in den Doktrinen der Kernwaffenstaaten. Außerdem seien Kernwaffen nur für sehr begrenzte Zwecke dienlich, beispielsweise wenn es um die eigene Existenz gehe. Der Bereich der strategischen Ziele, die man mit Nuklearwaffen erreichen könne, sei relativ gering. Dennoch seien die Risiken von Proliferation sehr groß und deswegen gebe es immer noch eine sehr große Unterstützung für den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag. Diesem 1968 unterzeichneten Vertrag sei anfangs kein großer Erfolg vorausgesagt worden, er sei im Gegenteil stark verurteilt worden. Heute jedoch sei er *das* multilaterale Vertragsinstrument, dem am meisten Staaten angehören, nämlich 186. Es gebe sonst kein anderes multilaterales Vertragsinstrument mit einer solch großen Anhängerschaft. Dieses Instrument basiere auf zwei Dingen: erstens auf regelmäßigen Technologiekontrollen und zweitens auf politischen Vereinbarungen. Das Problem dabei sei, so Krause, dass die traditionellen Technologiekontrollen immer weniger in der Lage seien, die Proliferation von Kernwaffen zu verhindern. Die Möglichkeit heute eine Atomwaffe herzustellen, sei aufgrund der allgemeinen technischen Möglichkeiten viel leichter, als das noch vor 60 Jahren der Fall gewesen sei. Vor allem durch die zivile Nutzung von Kernenergie fielen Materialien wie beispielsweise Plutonium an, die zur Kernwaffenherstellung nutzbar seien. Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion sei das Problem aufgetreten, dass dort in vielen ungesicherten Anlagen kernwaffenfähiges Material herumliege. Auch über das berühmte Khan-Netzwerk würde viel gehandelt werden. Da die technologischen Kontrollen nicht mehr greifen würden, müsse man Staaten davon abhalten, überhaupt nach Kernwaffen zu streben.

Wenn man das nukleare Nichtverbreitungsregime betrachte, müsse man sich fragen, warum es so effektiv gewesen sei. Einer der wichtigsten Faktoren seien die von den USA gegebenen negativen Sicherheitsgarantien gewesen. Ein weiterer Faktor sei die gegenseitige Abschreckung gewesen. Heute habe sich die Situation insofern verändert, dass die Möglichkeit bestehe, dass Atomwaffen in die Hände von Terroristen geraten. Der zweite Aspekt, den man berücksichtigen müsse, sei, wie diese Problematik in den unterschiedlichen Staaten aufgefasst werde. Die USA reagierten darauf mit unilateralen Initiativen. Das andere Mittel sei *counterforce*, was bedeute, dass man mit militärischen Mitteln versucht, einem Staat, der den Besitz von Atomwaffen anstrebt, dieses Instrument zu einem Zeitpunkt aus der Hand zu schlagen, zu dem es noch möglich ist. *Counterforce* sei allerdings ein sehr umstrittenes Instrument und werde angesichts der neuen Möglichkeiten, die sich durch die modernen Tunnelgrabtechniken eröffneten, immer schwieriger. Die IAEA werde laut Krause häufig unterschätzt. Sie sei eine sehr professionelle Behörde geworden, wobei ihre Funktion jedoch hauptsächlich im Bereich der Technik liege. Beispielsweise bei der technischen Bewertung des iranischen oder des nordkoreanischen Nuklearprogramms sei es ganz wichtig gewesen, dass die IAEA involviert war. Allerdings habe sie genauso wenig wie der Sicherheitsrat der UNO dazu beitragen können, dass diese Probleme gelöst werden konnten. Negativ sieht Krause, dass die Bundesrepublik im Falle Nordkoreas und des Iran zu stark auf die Multilateralisierung setze. Zwar könne der multilaterale Rahmen genutzt werden, er müsse aber zur Problembewältigung beitragen. Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag sei laut Krause noch zu retten. Jedoch hänge es davon ab, ob es gelinge, das iranische Problem in den Griff zu bekommen. Nordkorea sei weniger das Problem. Krause geht davon aus, dass der Konflikt mit Nordkorea in den nächsten Jahren gelöst werden kann. Iran sei da ein anderer Fall, da sein Präsident Ahmadinedschad die Auslöschung Israels als Ziel erklärt habe. Wenn der Iran in den nächsten zehn bis 15 Jahren die Fähigkeit erlange, Israel auszulöschen, dann solle Israel die Möglichkeit seiner Auslöschung ernst nehmen. Krause hält die Option eines nuklearen Erstschlags durch einen der beiden Staaten für eine mögliche Option. Des Weiteren müsse der Iran schon deshalb an der Entwicklung eigener Atomwaffen gehindert werden, da sonst die Gefahr des Beginns einer ganzen Proliferationskette bestehe. Wenn man sich die

Geschichte der Nichtverbreitungspolitik der letzten 40 Jahre anschau, könne man feststellen, dass es immer eine kleine Gruppe von Staaten war, die nicht bereit gewesen sei, auf die nukleare Option zu verzichten. Mit all diesen Staaten seien nie irgendwelche besonderen Deals getroffen worden, mit Ausnahme von Indien, Israel und Pakistan. „Die Logik lautet nicht: Kernwaffenstaaten versus Nicht-Kernwaffenstaaten, sondern: das gemeinsame Interesse der Kernwaffenstaaten und der meisten Nicht-Kernwaffenstaaten versus die wenigen Staaten, die sich eine nukleare Option offen halten. Alles hängt davon ab, ob wir in den nächsten drei bis fünf Jahren gegen den Iran Erfolg haben“, schloss Krause seinen Vortrag.

Gregory L. Schulte, US-Botschafter und permanenter Vertreter bei der UN-Vertretung und der IAEA in Wien, dankte der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. für die Organisation einer solch wichtigen Veranstaltung, da Sicherheitsfragen uns alle in zunehmendem Maße betreffen. Seine ganze Karriere hindurch sei die transatlantische Freundschaft, insbesondere die zwischen Deutschland und den USA, wichtig gewesen, wenn es um die Lösung von Sicherheitsfragen wie etwa der Beendigung des Kalten Krieges oder die Befriedung des Balkans gegangen sei. Ebenso verhalte es sich in Anbetracht der äußerst komplexen Sicherheitsfragen von heute. Eines dieser schwierigen Sicherheitsprobleme sei die Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrages. Würde dieses Problem nicht angegangen, riskierten wir eine weite Verbreitung von Atomwaffen. Es gebe allerdings genug Möglichkeiten, diesen Problemen entsprechend zu begegnen. Schulte sprach im Folgenden über drei Herausforderungen im Sicherheitsbereich und drei Möglichkeiten, diesen Herausforderungen angemessen zu begegnen.

Es gebe drei wesentliche Herausforderungen für den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag. Die erste stelle die Nichtbefolgung seiner Richtlinien durch eine kleine Gruppe von Staaten dar. Nordkorea sei im Jahr 2003 bereits aus dem Nichtverbreitungsvertrag ausgetreten und habe im vergangenen Jahr die erste Atombombe gezündet. Nur aufgrund bedeutenden internationalen Drucks sei Nordkorea im Februar dieses Jahres wieder zum Nichtverbreitungsvertrag zurückgekehrt. Des Weiteren bestehe kein Zweifel, dass der Iran ebenfalls nach dem Besitz von Nuklearwaffen strebe. Dies belege die Aussage eines Verlegers einer konservativen Zeitung im Iran, welcher Ahmadinedschad nahe stehe. Er habe gesagt: „Ein Land, das über die Technologie der Urananreicherung verfügt, ist nur einen Schritt davon entfernt, Atomwaffen herzustellen. Wenn die internationale Gemeinschaft versagt, die derzeitige Krise beizulegen, indem sie dem iranischen Modell zustimmt, dann wird die Welt die Proliferation von Atomwaffen erleben.“ Es sei laut Schulte also klar, dass in der Lösung des Iran-Problems eine der größten Herausforderungen des Atomwaffensperrvertrages liege.

Die zweite Herausforderung ergebe sich durch die Weiterverbreitung sensibler Nukleartechnologien. Das Problem heutzutage bestehe darin, dass man nur eine Handvoll pfiffiger Ingenieure, das nötige Kleingeld und entsprechendes Material brauche, und schon sei man in der Lage, Atomwaffen herzustellen. Iran habe sich die nötige Technologie besorgt, um Uran anzureichern. Die Führung des Iran habe zwar immer wieder beteuert, dass ihre Absichten friedlicher Natur seien und sie die Atomkraftwerke lediglich für die Energiegewinnung nutzen wollten. Das Problem im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag sei jedoch, so Schulte, dass die Herstellung einer Atombombe unter dem Deckmantel der zivilen Nutzung jederzeit möglich sei. Irans Vorbild könne andere Staaten im Nahen Osten dazu veranlassen, dasselbe zu tun. „Wie wir alle wissen, ist der Nahe Osten der letzte Ort, wo wir weitere Atombomben gebrauchen können“, so Schulte.

Die dritte Herausforderung schließlich seien Terroristen, die den Besitz von Atomwaffen oder von radioaktivem Material anstrebten. Der Nichtverbreitungsvertrag sei aber im Hinblick auf Staaten geschaffen worden. In unseren Zeiten hätten wir es allerdings mit transnationalen Netzwerken zu tun, die nicht nur mit Menschen und Drogen, sondern auch mit nuklearem

Material handelten. Diese Netzwerke seien noch nicht richtig kontrollierbar, und somit sei nicht ausgeschlossen, dass vor allem radioaktives Material für eine sogenannte „schmutzige Bombe“ in die Hände von Terroristen fallen könnte.

Schulte ist überzeugt davon, dass es Möglichkeiten gibt, auf diese Herausforderungen zu reagieren und von der friedvollen Seite der Atomtechnologie zu profitieren. Die erste Möglichkeit sei starke und nachhaltige internationale Diplomatie. Die atomaren Aktivitäten von Nordkorea und Iran hätten internationale Bedenken ausgelöst. Zwar seien beide Fälle unterschiedlich gelagert, aber das zentrale Problem sei das gleiche. „Wir müssen die Führungen beider Länder davon überzeugen, dass sie ohne Atomwaffen besser dran sind, als mit diesen, und sie einen hohen Preis dafür zahlen werden, wenn sie ihre Atomwaffenprogramme weiter verfolgen“, betonte Schulte. Dies sei nicht einfach, aber wenn die internationale Gemeinschaft zusammenarbeite, dann sei eine Wende möglich.

Die zweite Möglichkeit, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren, sei das Konzept einer nuklearen Partnerschaft, die *Global Nuclear Energy Partnership* (GNEP). Ziel dieser Partnerschaft sei, eine Methode zu entwickeln, mit der Kernbrennstoff so wieder aufbereitet werde, dass es sich zwar zur Nutzung in Atomkraftwerken, nicht jedoch zum Bau einer Atomwaffe eigne. Diese Partnerschaft sei im vergangenen Jahr von Präsident Bush verkündet worden. Beitreten könnten alle Staaten, die Atomenergie als einen wichtigen Faktor in ihrem nationalen Energiemix betrachten. Damit solle verhindert werden, dass Staaten die Entwicklung einer Atombombe nicht unter dem Deckmantel der Verfolgung ziviler Absichten kaschieren können. Ein erster Schritt in Richtung GNEP werde derzeit in der IAEA unternommen.

Eine dritte und letzte Möglichkeit bestehe in der *Global Initiative to Combat Nuclear Terrorism*. Diese Initiative sei ebenfalls im vergangenen Jahr von den Präsidenten Bush und Putin verkündet worden und habe zum Ziel, die staatliche Kontrolle über nukleare und radioaktive Materialien sowie die internationale Zusammenarbeit hinsichtlich der Bekämpfung des transnationalen Terrorismus zu verstärken.

„Die Herausforderungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, sind globaler Natur. Um erfolgreich zu sein, müssen die Antworten ebenfalls global sein. Die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa ist dabei ein entscheidender Faktor“, so Schulte.

Als letzter Redner kam **Prof. Dr. Gunther Schmid von der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Internationale Politik**, zu Wort. Das Argument heute laute vielfach, dass der Kalte Krieg vorbei sei, und es daher überflüssig sei, eine Diskussion über Kernwaffen zu führen. „Viele haben gar nicht mitbekommen, dass wir auch heute noch in einem nuklearen Zeitalter leben“, so Schmid. Wenn wir über Abschreckung reden, dann müssten wir uns fragen, was die einzelnen Staaten, insbesondere Iran und Nordkorea, unter Abschreckung verstehen. Die Perzeption sei eine entscheidende Determinante, wenn man versuche, sich eine Vorstellung von der Bedeutung von Kernwaffen zu machen.

Die horizontale Proliferation, das heißt die Proliferation über Drittstaaten, sei das größte Problem derzeit. Die Reichweiten von Trägerraketen würden stetig gesteigert. Der Iran sei da nur ein Beispiel. Die Kombination aus nuklearer Zerstörungskraft und religiösem Fanatismus sei in Pakistan am wahrscheinlichsten. Hier würden etwa 60 Prozent der Sitze im Parlament von extremen islamistischen Parteien eingenommen. Es bestehe also durchaus die Möglichkeit, dass wir in Pakistan eine „legale“ Machtergreifung eines islamistischen Regimes bekommen. Es stelle sich dann die Frage, ob Musharraf dann immer noch die Kontrollgewalt über pakistanische Kernwaffen behalten könne. Zwei Dinge könne man solchen Staaten nicht mehr unterstellen: erstens ein rationales Kosten-Nutzen-Kalkül und zweitens einen eigenen Überlebenswillen. Diese beiden Säulen seien die Grundbedingungen eines internationalen

Abschreckungssysteme. Diese würden unter den gegebenen Umständen nicht mehr funktionieren.

Eine weitere Frage, die zu klären sei, betreffe das politische und strategische Kalkül Nordkoreas. Schmidts Ansicht nach, wolle es vor allem als de facto Atommacht nach dem Vorbild Indiens anerkannt werden. Was wir nicht ausschließen könnten sei die potenzielle Weitergabe nuklearer Technologie, wie durch das Khan-Netzwerk bereits praktiziert. Bei einigen Staaten könnten wir, so Schmid, nicht ausschließen, dass diese ihnen angebotene Nukleartechnologie sofort annehmen würden, beispielsweise Ägypten oder Nigeria. Hinzu komme, dass Nigeria ein sogenannter *failed state* sei. Rund 80 Prozent aller Staatsaktivitäten seien hochkriminell, weshalb Nigeria von der Weltbank keinen Kredit mehr bekomme. Unwahrscheinlich sei Schmid zufolge, dass Terrorgruppen durch Staaten wie Nordkorea unterstützt werden. Hierfür gebe es zwei Gründe: Zum einen seien terroristische Gruppen für Nordkorea keine berechenbaren Partner. Zum zweiten könne Nordkorea keine entsprechenden Gegenleistungen erwarten. Nordkorea müsse aus existenziellen Gründen seine Gefährlichkeit immer wieder neu unterlegen. Das bedeute aber auch, dass sich kein Staat Ostasiens, der die Möglichkeit habe, sich dagegen zu wehren, länger als nötig einer solchen Bedrohung aussetze, so Schmid. Im japanischen Parlament gebe es eine lebhafte Diskussion, ob Japan Gegendrohooptionen gegenüber Nordkorea brauche. Japan sei theoretisch in der Lage innerhalb von sechs Wochen Kernwaffen zu produzieren. Würde Japan sich wirklich Atomwaffen beschaffen, sei sehr wahrscheinlich, dass Taiwan nachziehen würde, so Schmidts Überzeugung. Es könne in dieser Region also zu einer nuklearen Kettenreaktion kommen. Auch in Südkorea sei die Option des Besitzes eigener Kernwaffen bereits diskutiert worden. China sei Schmid zufolge der eigentliche Verlierer der derzeitigen Situation im ostasiatischen Raum. Durch die Bedrohungsperson der ostasiatischen Staaten im Hinblick auf Nordkorea, sei die militärische Stellung der USA als Schutzmacht gestärkt worden. Der nukleare Schutzschirm der USA spiele im asiatisch-pazifischen Raum eine entscheidende Rolle. Chinas Haltung gegenüber Nordkorea werde ambivalent bleiben. China habe bis zum heutigen Tag die amerikanische *Proliferation Security Initiative* abgelehnt. Andererseits dulde China die Aktivitäten von nordkoreanischen Rüstungshandelsfirmen auf chinesischem Boden. Chinas Interessen gegenüber Nordkorea ließen sich laut Schmid auf drei Punkte konzentrieren: Zum einen möchte China Schmid zufolge einen nordkoreanischen Systemkollaps mit unkalkulierbarer Dimension vermeiden. Zum zweiten wolle China eine Nuklearisierung der koreanischen Halbinsel und Ostasiens verhindern. Diese sei allerdings nur teilweise erreichbar. Drittens wolle China seine Einflussnahme auf Nordkorea behaupten. Chinas Dilemma bestehe darin, dass es gar keine andere Wahl habe, als Einfluss auf Nordkorea zu nehmen, ohne dass es wisse, wie groß dieser eigentlich sei. Hieraus ergäben sich für China gegenüber Nordkorea vier strategische Punkte: erstens die Verurteilung des nordkoreanischen Vorgehens, zweitens die Verhängung von Sanktionen, allerdings nicht zu harte, da sonst wieder der Systemkollaps zur Disposition stünde, drittens die Rückkehr zu den Sechs-Parteien-Gesprächen und viertens habe China für das Regime in Nordkorea keine Überlebensgarantien ausgesprochen. Zwar habe es Überlebensgarantien für das System ausgesprochen, aber nicht für das Regime, was Schmid für einen wichtigen Unterschied hält. Das Vorgehen des UN-Sicherheitsrats gegenüber Nordkorea hält Schmid für die Schaffung eines Präzedenzfalles, der vom Iran lückenlos beobachtet werde.

Schmidts Fazit lautete, dass sich Staaten im Einklang mit dem Atomwaffensperrvertrag bis an die Schwelle einer Atommacht herantasten können. „Die Wahrscheinlichkeit, dass wir es bis Mitte dieses Jahrhunderts mit zwanzig bis dreißig Kernwaffenstaaten zu tun haben, ist heute größer je zuvor“, schloss Schmid seinen Vortrag.

Expertentagung: Die nukleare Frage im 21. Jahrhundert (04.05.2007)

Im Anschluss an die Vorträge entfaltete sich eine facettenreiche, offene und niveauvolle Diskussion.